

Vom Wert der Sozialarbeit an Schulen

Ortstermin des Ersten Kreisbeigeordneten im Vorfeld der Parlamentsdebatte

Gießen/Laubach (pm). »Es gab keine Eskalation mehr. Wir mussten keinen Schüler der Schule verweisen, konnten 2009 alle Schüler mit einem Abschluss entlassen.« Wolfgang Hölzer, Schulleiter der Friedrich-Magnus-Gesamtschule in Laubach, bilanzierte dieser Tage im Gespräch mit Erstem Kreisbeigeordneten Dirk Oßwald (Freie Wähler) die vom Kreis angestoßene und finanzierte »Sozialarbeit an Schulen«. Beim Ortstermin des Kreisjugenddezernenten mit Sozialarbeiter Manfred Purr dabei waren Bürgermeister Peter Klug sowie Ralf Finthammer vom Internationalen Bund (IB), dem lokalen Träger. Andernorts sind auch Diakonisches Werk, Caritas und Arbeiterwohlfahrt tätig.

Die Laubacher Gesamtschule war im November 2008 die erste der 15 Gesamt- und Förderschulen, an der der Kreis flächendeckend Sozialarbeiter einsetzte. Im Juni ist das landesweit beachtete Pilotprojekt wieder Thema in den politischen Gremien des Kreises.

Hölzer und Purr stellten die Schwerpunkte der Sozialarbeit an der Laubacher Schule vor. Der Direktor meinte, das Angebot habe sich »bestens in die Schulgemeinde integriert«, sei eng verknüpft mit Angeboten der Jugend- und Erziehungshilfe, etwa dem Trainingsraum, der Abteilung für Erziehungshilfe, der sozialen Gruppenarbeit des Jugendamts und der pädagogischen Nachmittagsbetreuung.

Auffälligkeiten bei Schülern würden frühzeitig erkannt – in der fünften Klasse. Zu den dann zu ergreifenden Maßnahmen zählten Einzelgespräche, Termine mit und vor allem bei den Eltern, Gruppenangebote in der Schule oder extern sowie Erziehungshilfen des Jugendamtes.

Sozialarbeit an der Friedrich-Magnus-Schule bleibt nicht auf den Vormittag beschränkt. Mit Hauptschülern werden beispielsweise berufliche Perspektiven erarbeitet. Ein Modul in allen Klassen des fünften Schuljahres ist »Soziales Lernen«, ist der respektvolle Umgang miteinander. »Die Sozialarbeit ist eng vernetzt mit dem Jugendamt des Kreises und weiteren Einrichtungen, um bei Problemen einzelner Schüler oder Familien frühzeitig zielgerichtete Hilfe anbieten und einleiten zu können«, berichtete Finthammer.

Bürgermeister Peter Klug bestätigte die positive Wirkung. Die Stadt Laubach arbeite seit etlichen Jahren mit dem IB als Träger des Jugendzentrums, der Schülerbetreuung an der Grundschule und bei Beschäftigungsprojekten für jugendliche Arbeitslose zusammen. Angesichts einer »nicht einfacher werdenden Sozialstruktur Laubachs« sei die Sozialarbeit an der Gesamtschule wichtiger Dreh- und Angelpunkt; dort kämen fast alle Jugendlichen zusammen.

Die Tatsache, dass man im vergangenen Schuljahr kein Schüler habe ohne Schulabschluss entlassen müssen, werde sich voraussichtlich wiederholen, unterstrich Hölzer. Dies rechtfertigt nach Ansicht von Oßwald »die hohen Investitionen des Kreises von jährlich 700 000 Euro für Personal und 100 000 Euro für Sachmittel.

»Wir sehen uns bei diesen Aufgaben einerseits in der Pflicht als Jugendhilfeträger, andererseits betrachten wir sie als Konsolidierungsbeitrag.« Denn wenn Problemlagen auffälliger Jugendlicher frühzeitig erkannt und gelindert würden, schlugen sie später nicht bei der Jugendhilfe oder im Strafvollzug »doppelt und dreifach so teuer« zu Buche.



»Benachteiligten Jugendlichen wird durch »Sozialarbeit an Schulen« eine lückenlose Schullaufbahn und ein Schulabschluss erleichtert, was sich positiv auf das spätere Berufsleben und die soziale Integration jedes Einzelnen auswirkt.«

Dirk Oßwald, Erster Kreisbeigeordneter

Ein Platz im Jugendheim beispielsweise kostet den Kreis bis zu 6000 Euro pro Monat. »Jährlich geben wir schon heute über 10 Millionen Euro für diese Erziehungshilfen aus. Tendenz stark steigend«, berichtete der Jugenddezernent.

Daneben trug Oßwald soziale Argumente vor: Benachteiligten Jugendlichen werde durch »Sozialarbeit an Schulen« eine lückenlose Schullaufbahn und ein Schulabschluss erleichtert, was sich positiv auf das spätere Berufsleben und die Integration jedes Einzelnen auswirke. In Laubach wurde es allseits als sinnvoll erachtet, das Projekt konsequent weiterzuführen und zu entwickeln.

Dabei sollten zwei Maßnahmen im Fokus stehen. Einerseits ist der Personaleinsatz bei großen Gesamtschulen wie der Theo-Koch-Schule in Grünberg mit rund 1800 Schülern zu überprüfen. Andererseits ist eine schrittweise Ausweitung auf Grundschulen im Auge zu behalten. Denn, so Finthammer und Hölzer: »Je früher auf auffälliges Verhalten geachtet wird, umso größer ist die Chance, etwas zu verändern, zumal der Zugang zu Kindern wie Eltern im Grundschulalter wesentlich einfacher ist.«

Ausführliches Thema wird die Sozialarbeit an Schulen im Jugendhilfeausschuss des Kreises am Donnerstag, 24. Juni, von 16 Uhr an in der Kreisverwaltung am Riversplatz. In dieser öffentlichen Sitzung werden Schulleiter, Träger und Sozialarbeiter ihre Erfahrungen darlegen.